

Komplizenschaft der hohlen Hand

Von Peter Keller — Nur ein Bruchteil der «Erasmus»-Millionen fliesst in den Studentenaustausch. Der Rest wird für ein Sammelsurium von Projekten verwendet. Bundesrat Schneider-Ammann verteidigt das Programm. Nicht ganz uneigennützig: Auch die Ammann-Gruppe bezog Subventionsgelder.

Bis vor der Abstimmung vom 9. Februar stand «Erasmus» für Studentenaustausch-Programme innerhalb Europas: Einmal fremde Luft schnuppern, den Horizont erweitern, eine neue Sprache lernen. Alles in allem eine schöne Sache.

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat die EU die Verhandlungen zu «Erasmus für alle», wie das aktuelle Mobilitätsprogramm heisst, gestoppt. Die Konsternation war gross, die Klagen darüber waren noch heftiger: Von den Studentenschaften bis zu den Hochschulrepräsentanten wurde vor den negativen Folgen für Schweizer Universitäten gewarnt, von Unsicherheit war die Rede, von Attraktivitätsverlust und höherem administrativem Aufwand.

Die Aufregung sorgte allerdings auch für einen positiven Nebeneffekt. Langsam entsteht mehr Klarheit darüber, wie es zur Sistierung des Mobilitätsprogrammes kam. Namentlich die *Basler Zeitung* deckte auf, was alles unter dem Titel «Erasmus» finanziert wurde: ein kabarettreifes, kunterbuntes Sammelsurium von Projekten. Was man heute mit Erstaunen feststellen muss: Nur ein Bruchteil der rund 300 Millionen «Erasmus»-Franken kommt effektiv bei den Studierenden an für ihre Auslandsaufenthalte. Der Rest verdampft im Überall.

Alles und jeder wird beglückt

Noch liegen keine exakten Zahlen vor. Die mit der Umsetzung von «Erasmus» beauftragte Stiftung CH ist offenbar nicht in der Lage, die Geldflüsse exakt aufzuschlüsseln. Eine Anfrage beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) ist hängig und damit auch die Frage, wie viele Millionen nun tatsächlich in die Mobilitätsprogramme für Studenten fliessen.

In der Herbstsession 2013 bewilligte die Mehrheit des Parlaments eine weitere Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen. Dabei wurde ein Gesamtkredit von 305,5 Millionen Franken für die Jahre 2014 bis 2020 gesprochen. Davon waren rund 35 Millionen für die Stiftung CH vorgesehen. Gleichwohl konnte die Organisation erst nach Wochen eine vollständige Liste der zwischen 2011 und 2013 bewilligten Projekte vorlegen – und ein Blick hinein zeigt, dass «Erasmus für alle» durchaus wörtlich zu verstehen ist: Hier scheint alles und jeder mit Beiträgen beglückt worden zu sein, der von diesem Millionenkässeli Wind bekommen hatte.

Auf 35 Seiten werden Hunderte Projekte und Projektträger aufgeführt. Die Liste beginnt mit der Kantonsschule Olten, die für ihr Projekt «Durch verschiedene Linsen auf die Geschichte schauen» 1978 Franken bekommen hat. Das Kollegium St. Michael in Freiburg – auf Platz zwei der Liste – erhielt für das gleiche Projekt 1308 Franken. Dann folgt die Primarschule Rossfeld der Stadt Bern, die 1450 Franken bekommen hat für ihr Projekt «European Conference Collaboration for Schools and Communities for Sustainable Development».

Schon hier stellen sich ein paar Fragen: Nach welchen Kriterien wurden diese Gesuche bewilligt? Oder anders gefragt: Könnte nicht jede andere Schweizer Primarschule, von denen es landesweit Hunderte gibt, mit gleichem Recht 1450 Franken für eine «European Conference Collaboration for Schools and Communities for Sustainable Development» einfordern? Warum bekommt die Solothurner

Man müsste Brüssel dankbar sein, dass es diesen «Erasmus für alle»-Irrsinn sistiert hat.

Kantonsschule 1978 Franken und ihre Freiburger Kollegen erhalten nur 1308 Franken für das gleiche Projekt?

So geht es weiter, Seite um Seite, Projekt für Projekt. Neben öffentlichen (Hoch-)Schulen profitieren vor allem auch private Firmen und Vereine aus dem soziokulturellen Speckgürtel – passend dafür steht die schweizerische vegetarische Vereinigung, die zweimal 16 000 Franken kassiert hat, um der erwachsenen Bevölkerung die Zusammenhänge von Klimawandel und Fleischkonsum beizubringen. Eine Systematik bei der Bewilligung der Projekte ist nicht zu erkennen.

Als die Vorlage in die Räte kam, erklärte der Bundesrat in seiner Botschaft, er sei überzeugt davon, «dass der internationale Austausch [...] einen Mehrwert erbringt und das schweizerische Bildungssystem qualitativ verbessert». Hat er damit die 25 000 Franken gemeint, die dem Berufsbildungszentrum Niederlenz für seine «Grünen Lernlandschaften» gesprochen wurden? Oder die 300 000 Franken, die dem Departement für Pferde der Universität Zürich zukamen für ein «Interaktives multimediales Lehrmittel zu Hufanatomie, Hufbeschlag und Huferkrankungen in englischer Sprache»? Oder vielleicht die 16 000 Franken

für den Verein «Wildundweise.ch – Community von und für Frauen der Grossmüttermgeneration 2.0», der gemäss Projektbeschreibung einen «lebendigen und zeitgemässen Austausch unter den Generationen» ermögliche?

Die Beispiele liessen sich problemlos weiterführen: Der Schwachsinn hat System. In der vergangenen Session musste sich der für die Bildungs- und Forschungsprogramme zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) erklären. Ob es denn zielführend sei, wollte die Berner SVP-Nationalrätin Nadja Pieren wissen, «über ein internationales Bildungsprogramm Reisespesen von 20 000 Franken der Post unter dem Titel «Stressprävention» zu subventionieren». Gesundheitsverantwortliche verschiedener europäischer Post-Unternehmen hatten sich zum Austausch in Paris, Brüssel und Griechenland getroffen – subventioniert durch Schweizer Steuerzahler. Schneider-Ammann verteidigte die Vergabep Praxis: Alle Projekte seien einer formalen und qualitativen Selektion unterzogen worden, es gehe um «die Realisierung eines weltoffenen Bildungsraumes».

Ganz uneigennützig scheint Schneider-Ammanns Verteidigungslinie nicht zu sein, wenn er selbst Beiträge an den Schweizer Kneippverband als Teil der «Schweizerischen Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik» schönredet. So findet sich bei den zwischen 2011 und 2013 geförderten Projekten auch Projekt 2013-1-CH1—LEO01-00835 der Ammann Schweiz AG aus Langenthal, der Schneider-Ammann bis zu seiner Wahl in den Bundesrat vorstand. Das Unternehmen bezog 9450 Franken für den «Austausch von Berufslernenden innerhalb der Ammann-Gruppe». Man kann nur staunen: Muss ein Unternehmen mit Milliardenumsatz öffentliche Gelder für seinen betriebsinternen Lehrlingsaustausch beziehen? Könnte konsequenterweise nicht jede grössere Schweizer Firma solche Beiträge beanspruchen – zumal Bundesrat Schneider-Ammann die Vergabep Praxis der Stiftung CH bis heute gegen jede Kritik in Schutz nimmt?

Kalkulierte Schlaumeierei

Damit sind wir im Zentrum der ganzen «Erasmus»-Geschichte angelangt: beim Geld. In der Herbstsession bewilligte die Mehrheit des Parlaments die Finanzierungsbeitragung am EU-Programm «Erasmus für alle». Die rund 300 Millionen Franken beinhalten einen «Pflichtbeitrag» über 185,2 Millionen Franken an «Erasmus für alle»; 35,7 Millionen für den



9450 Franken fürs Projekt 2013-1-CH1—LEO01-00835: Ammann Schweiz AG in Langenthal.

Betrieb durch die Stiftung CH; 44,6 Millionen für «nationale Begleitmassnahmen» und noch einmal 40 Millionen als «Reserve für erhöhte Beitragszahlungen» wegen möglicher Wechselkursschwankungen oder Budgeterhöhungen seitens der EU.

Offenbar unterschätzte der Bundesrat die Nehmerqualitäten Brüssels. Bereits im Dezember 2013 forderte die EU einen rund doppelt so hohen Beitrag. Weder Parlament noch die zuständigen Kommissionen erfahren von diesen Nachforderungen. Schneider-Ammanns Staatssekretär verhandelt weiter und kommt am 6. Februar – am Donnerstag vor dem Abstimmungs-sonntag – zu einer «Lösung der Finanzfrage». Was das Departement darunter versteht: Man wollte die für 2014 bis 2020 gesprochenen Mittel einfach in der Hälfte der Zeit aufbrauchen, um dann 2017 im Rahmen der neuen BFI-Botschaft die zweite Tranche abzuholen. Eine kalkulierte Schlaumeierei: Verwaltung und Bundesrat konnten davon ausgehen, dass das Parlament die Erhöhung rückwirkend – mit etwas Zähneknirschen – bewilligt.

Das Parlament genehmigt bis 2020 rund 300 Millionen Franken, die EU will das Doppelte, der Bundesrat kommt der Forderung nach, indem er das Geld in der Hälfte der Zeit ausgeben will, und hat dann noch die Gnade,

zu sagen, er habe mit diesem Vorgehen die Budgethoheit des Parlaments «gewahrt».

Man müsste Brüssel eigentlich dankbar sein, dass es diesen «Erasmus für alle»-Irrsinn sistiert hat. Und die Hochschulen? Nutzen sie die Gelegenheit, um die Erasmus-Programme zu entschlacken, wieder auf ihren eigentlichen Kern zurückzuführen, nämlich die Mobilität der Studenten zu fördern? Leider nein: Sowohl die Universitäten wie die beiden ETH halten an einer «vollständigen Teilnahme» fest. Man kann es den Rektoren nicht verargen: Sie schielen auf die Milliarden der EU-Forschungsprogramme und überlassen dafür die «Erasmus»-Millionen den soziokulturellen Subventionsjägern.

Es herrscht eine Komplizenschaft der hohlen Hand. Schliesslich hocken alle im gleichen Subventionsdampfer: vom Kneippverein bis zur ETH, von der Ammann-Gruppe bis zum Schweizerischen Gewerbeverband, der 286 198 Franken erhalten hat für ein KMU-Frauen-Projekt: «Women in SMEs: Validating Non-Formal and Informal Learning of Family SME Managers». Höchste Zeit, dem Dampfer den Stöpsel zu ziehen.

Peter Keller ist *Weltwoche*-Autor, SVP-Nationalrat und Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur.

Schulen

Sofort stoppen

Von Alain Pichard — Der Lehrplan 21 ist ein Staatsstreich im Schulzimmer.

Der Spruch «Die Schule wäre so schön, wenn es die Schüler nicht gäbe» zirkuliert manchmal – ironisch gedacht – unter Lehrkräften. Durchaus sarkastisch gemeint ist die bildungsbürokratische Variante: «Bildungspolitik wäre so schön, wenn es die Lehrer nicht gäbe.»

Zumindest hat dies ein Schulleiter erfahren, dessen Verdienst es war, mit seinem Kollegium den Lehrplan 21 zu durchforsten. Die nicht sehr schmeichelhafte Beurteilung der Praktiker sandte der Vorsteher an die Vernehmlassungsstelle. Dazu brauchte es einen Code. Ohne es zu wissen, versties der gute Mann gegen die Hierarchie und wurde gemassregelt. Was ihm denn einfallen sollte, die Antwort direkt an die Lehrplan-Verantwortlichen zu schicken. Die richtige Adresse wäre der Kanton gewesen, welcher alle Antworten sammeln und zusammengefasst an die Lehrplan-Zentrale schicken würde.

Immerhin konnte der Schulleiter darauf verweisen, dass er ja den Zugangscode erhalten habe, was – so die Antwort von oben – natürlich nicht hätte passieren dürfen. Die Antwort war die Aktion «550 gegen 550». Sechzehn initiative Lehrkräfte aus verschiedenen Kantonen formulierten ihre Kritik an dem monumentalen Regelwerk in einem Memorandum, mit der Absicht – gemäss der Seitenzahl des Lehrplans – 550 Unterschriften zu sammeln. Innert zweier Wochen waren diese von den Unterstützenden beisammen, und bald einmal waren es über tausend Lehrkräfte, welche sich der Kritik angeschlossen hatten. Nun traten die Vertreter dieser aufmüpfigen Praktiker an die Öffentlichkeit, um mit Nachdruck noch einmal ihre Forderungen für die Überarbeitungsphase zu formulieren:

Sie verlangten einen sofortigen Stopp der Geheimhaltung zugunsten eines offenen Dialogs, eine effizientere Organisationsform, in welcher die Verantwortlichkeiten zugewiesen sind, den Einbezug der Kritiker und eine breite Diskussion über den Paradigmenwechsel, weg von den Inhalten in Richtung Kompetenzorientierung. Vor allem aber verlangten sie eine Kostentransparenz. Die Verantwortlichen müssten klarmachen, welche Neuerung wie viel kostet und woher das Geld kommen soll.

Der Gymnasiallehrer und ehemalige Grossratspräsident von Basel-Stadt, Daniel Goepfert (SP), formulierte es so: «Das Vorgehen der Lehrplanverantwortlichen ist geheimbündlerisch, autistisch und einer Demokratie unwürdig.» Dem ist nichts beizufügen.

Alain Pichard ist Reallehrer in Orpund und Mitinitiant der Aktion «550 gegen 550».